



ISTOCK

**DAS SYMPOSIUM**

**Live erleben** können Sie Daniel Mullis, Vivian Kube, Pablo de Marinis und viele andere beim Symposium „Demokratie und Autoritarismus“ am Freitag, 25., und Samstag, 26. April im Offenen Haus der Kulturen auf dem alten Uni-Campus in Frankfurt-Bockenheim.

**In Vorträgen, Diskussionen und Workshops** fragen Teilnehmende aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach Gründen für eine zunehmend autoritäre Politik, wie sie inzwischen nicht nur in Russland oder China, sondern auch in den USA und Teilen Europas zu beobachten ist.

**Wie erklärt sich der Erfolg** einer Ideologie, die sich als (Kultur-)Kampf gegen „Wokeness“ oder gegen ökologische Notwendigkeiten präsentiert? Was macht Menschen anfällig für autoritäre und rechtsextreme Ideen? Welche Rolle spielen dabei subjektive Empfindungen, welche die objektive soziale Lage? Was lässt sich tun gegen den Aufstieg des Autoritarismus? Diesen Fragen gehen die Referentinnen und Referenten gemeinsam mit dem Publikum nach.

**Das Symposium beginnt** am Freitag, 25. April um 18 Uhr im Offenen Haus der Kulturen, Mertonstraße 26-28, mit kurzen Vorträgen und einer Diskussion über den Aufstieg des Autoritarismus. Am Samstag, 26. April von 10 bis 19 Uhr folgen Podien und Workshops, die sich besonders mit Gegenstrategien beschäftigen sollen.

**Programm und Anmeldung** (auch zur Kinderbetreuung) unter [transnationale-demokratie.de/symposium-demokratie-und-autoritarismus/](https://transnationale-demokratie.de/symposium-demokratie-und-autoritarismus/). Das Symposium beendet die dreiteilige Reihe „Globale Demokratie“, die der Verein „Transnationale Demokratie“ verantwortet. Es findet in Kooperation mit dem Institut für Sozialforschung, dem Offenen Haus der Kulturen, Brot für die Welt, mehr als wählen e.V., der Frankfurter Buchmesse, der Otto-Brenner-Stiftung, „World Design Capital 2026“ und der Frankfurter Rundschau statt. [bel](https://www.frankfurter-rundschau.de)

**„Grundrechte stehen auf dem Spiel“  
Rechtsanwältin Vivian Kube von „Frag den Staat“  
spricht über die Gefahren des Autoritarismus**



„Aus rechtsstaatlicher Sicht macht es besonders Sorge, dass autoritäre Bestrebungen im Gewand des Rechtsstaats auftreten. Autoritäre Kräfte wollen sich nicht für marginalisierte Menschen sowie Diversität und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Sie wollen diese Stimmen zum Schweigen bringen, indem sie diesen Gruppen die Legitimität absprechen. Diese Bestrebungen werden in rechtliche Argumente verpackt. Die zugrundeliegende Ideologie wird jedoch nicht offengelegt, sondern zwischen den Zeilen transportiert. Das ist eine besondere Schwierigkeit, vor der wir als Rechtsverteidiger gerade stehen. Ein Beispiel ist die kleine Anfrage der CDU/CSU, in der sie Ende Februar mit mehr als 500 Fragen die Bundesregierung um Klärung ersucht, ob Organisationen wie „Omars gegen Rechts“ oder die investigativen Medieninitiativen „Correctiv“ und „Netzwerk Recherche“ gegen ein vermeintliches Neutralitätsverbot verstoßen haben. Anlass waren Demonstrationen gegen eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD und Recherchen in diesem Kontext. Dieses behauptete Neutralitätsgebot gibt es für die Zivilgesellschaft nicht. Dennoch wurde die Anfrage in diesem Sinn gestellt und Angst und Schrecken verbreitet, weil mit ihr die Drohung verbunden war, Organisationen Fördermittel abzuerkennen. Die Drohung wurde rechtlich verpackt, so wie es die AfD bereits seit einigen Jahren praktiziert. Noch haben die zivilgesellschaftlichen Netzwerke funktioniert und durch ihre Proteste mit großem Echo das autoritäre Vorgehen entlarvt. Zum Glück konnte so auch der Vorstoß von Philipp Amthor abgewehrt werden, das Informationsfreiheitsgesetz abzuschaffen. Grundrechte der Bürger stehen auf dem Spiel, dagegen muss man sich gemeinsam wehren!“  
AUFGEZEICHNET VON ANDREA POLLMEIER

**„Die Oppositionsparteien sind zersplittert“  
Der Soziologe Pablo de Marinis von der Universidad  
de Buenos Aires spricht über Argentinien unter Milei**



„Argentinien wird zurzeit ausgesprochen autoritär geführt. Dennoch hat die Bevölkerung die Regierung von Javier Milei, der seit Dezember 2023 Präsident ist, bisher in großen Teilen unterstützt. Das ist überraschend, weil es in Argentinien eine wichtige Arbeiterbewegung gibt mit einer langen Geschichte gewerkschaftlicher Organisation und sozialer Mobilisierung. Doch der Regierung ist es gelungen, mit großen sozialen Einschnitten die Inflation, das Hauptproblem der Vorgängerregierung, einigermaßen zu kontrollieren. Seit Milei im Amt ist, hat er zahlreiche autoritäre Maßnahmen durchgesetzt, das Ministerium für Frauenangelegenheiten abgeschafft und gegen die demokratische Gewaltenteilung verstoßen. Manche Demonstrationen werden mit massiver Polizeigewalt unterdrückt. International ist Milei zwar gut vernetzt, er unterscheidet sich jedoch deutlich von anderen autoritären und rechtsextremen Regierungen. Im Gegensatz zu Trump und Meloni ist er kein Anhänger protektionistischer Maßnahmen und plädiert für eine offene Wirtschaft. Er widersetzt sich der in Argentinien nach den Verbrechen der Militärdiktatur vorherrschenden, kritischen Haltung zum Militär, nutzt dies jedoch nicht in einer nationalistischen Weise wie Victor Orbán in Ungarn. Es gibt gute Kontakte zur Vox-Partei in Spanien, doch folgt Milei deren erzkonservativer, katholischer Linie nicht. Auch gibt es in Argentinien keine starken religiösen Sekten wie die Pfingstlerbewegung in Brasilien, auf die sich Milei stützen könnte. Es gibt Anzeichen, dass Milei langsam der öffentliche Rückhalt wegbriecht. Die ökonomischen Instrumente beginnen, ihre Wirkkraft zu verlieren, die Regierung verhandelt gerade über neue Kredite. Die Bevölkerung fürchtet, alle Anstrengungen seien umsonst gewesen. Die skurrilen Inszenierungen, mit denen Milei sich präsentiert - von der Ketten säge über seine Art, als Löwe aufzutreten und jede Rede mit dem Satz „Es lebe die Freiheit, verdammt noch mal!“ zu beenden -, wecken immer weniger Leidenschaft. Die Oppositionsparteien sind jedoch zersplittert, darum ist ungewiss, wie es trotz des möglichen Stimmungswandels in Zukunft weitergehen wird.“  
AUFGEZEICHNET VON ANDREA POLLMEIER

**„Abstiegsängste kann  
auch jemand haben,  
der sehr wohlhabend ist“**

Daniel Mullis ist Senior Researcher am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung und Vorsitzender des Forschungsrats. Er arbeitet zu sozialen Konflikten, räumlicher Ungleichheit und forscht insbesondere zum Aufstieg der extremen Rechten. Wir haben mit ihm darüber gesprochen, was Menschen anfällig für autoritäre und rechtsextreme Ideen macht.

**Herr Mullis, warum haben rechtsextreme Parteien gegenwärtig so viel Erfolg?**

Rechte Einstellungen sind nichts Neues, sondern fest in der Mitte der Gesellschaft verankert. Weit verbreitet ist etwa die Bereitschaft andere Menschen abzuwerten und Ungleichheit, oder gar Ungleichwertigkeit zu akzeptieren. Die Pandemie hat zudem sichtbar gemacht, dass die eigenen Lebensrealitäten nicht in Stein gemeißelt sind. Es herrscht eine breite Verunsicherung und Erfahrung dessen, was der Soziologe Oliver Nachtwey als „Abstiegsgesellschaft“ bezeichnet hat.

**Welche Gründe für die zunehmende rechtsextreme Gesinnung konnten Sie in Bürgerinterviews feststellen, spielen Erfahrungen der Vereinzelung oder**

Sozialwissenschaftler Daniel Mullis über Gründe für das Erstarken der extremen Rechten, Unterschiede in Ost und West und die Suche nach neuen Perspektiven – Themen, die ein Symposium in Frankfurt am Wochenende vertiefen soll

Ein Interview von Andrea Pollmeier

**soziale Statusfragen eine zentrale Rolle?**

Rechtsextreme Parteien werden quer durch die Gesellschaft gewählt, sie sprechen nicht primär nur weniger privilegierte Personen an. Abstiegs-

ängste kann auch jemand haben, der sehr wohlhabend ist. Es geht also nicht um Probleme der absoluten Verarmung. Der Staat, so meint man, ignoriere seine Fürsorgepflicht, beziehungsweise überverteile andere – das

können auch Personen empfinden, die sich zur Mitte der Gesellschaft zählen. Bezüglich Individualisierung kommen widersprüchliche Signale von den Befragten. Sie sprechen zwar von Einsamkeit und wünschen sich

mehr Austausch, gleichzeitig aber misstrauen sie den Menschen um sich herum. In Notlagen wird zumeist nur noch der eigenen Familie vertraut. Es fehlt eine Vorstellung davon, wie ein solidarisches und kollektives Alltagsleben oder andere Formen von Wohlstand aussehen könnten. Dies trifft auf West- und Ostdeutschland zu. Im Osten des Landes wird die Frustration über den aktuellen Status Quo indes dadurch noch gesteigert, dass viele Menschen mit der Zeit der DDR auch positive Formen des Kollektiven am Arbeitsplatz oder im Wohnviertel verbinden. Die negativen Aspekte eines autoritären Staates treten rückblickend in den Hintergrund.

**Wie stark haben Sie Unterschiede in Ost und West erlebt?**

Die Ergebnisse meiner Untersuchung sprechen gegen eine grobe, simplifizierende Ost-West-Polarisierung. Wichtiger ist es, bei der Analyse die Städte im Detail zu betrachten und den Blick auf einzelne Stadtteile zu richten. In einersowohlhabendenMetropole wie Frankfurt am Main gibt es zum Beispiel Stadtteile, in denen die in Teilen rechtsextreme Partei AfD sehr stark ist und bei Wahlen fast 20 Prozent erreicht hat, während Frankfurt

insgesamt im Durchschnitt weit darunter abgeschnitten hat. Die detaillierte Analyse macht also eine viel komplexere soziale Geographie erkennbar. Was als Ganzes betrachtet nicht als verstärkt rechtsextremes Gebiet erscheint, wird erst, wenn man städtische Territorien im Detail analysiert, als Problem erkennbar. Rechtsextremismus ist also auch eine westdeutsche Herausforderung.

**Sind Regionen, die als präkär eingeschätzt werden, stärker betroffen? In Frankfurt haben Sie beispielsweise die Stadtteile Nied und Riederwald genauer betrachtet und nicht das wohlhabende Westend?**

Ja, und nein. Der eine Stadtteil, in dem ich geforscht habe, wurde stark durch die Chemie- und Pharmaindustrie geprägt, es gibt eine lange Facharbeiter-Tradition. Man hatte gut abgesicherte Jobs, war gewerkschaftlich organisiert. Viele Personen besitzen Eigentum. Der Stadtteil selbst ist aber nicht per se wohlhabend. Es gibt dort sowohl Reihenhäuser als auch Wohnblöcke. Die Trennung zwischen alteingesessenen deutschen Nieder-innen und zugewanderten Personen, die zum Teil auch schon sehr lange in Nied leben, scheint mir sehr stark. Der soziale Kon-

text kann also auch innerhalb eines Stadtteils sehr verschieden sein. Darum ist es problematisch, wenn man über räumliche Territorien schnell hinwegfliegt und sich auf der Suche nach Gründen nur an statischen Wertorientiert.

**Gibt es im konservativen Milieu bestimmte Leitbilder, die prägend sind?**  
In den Gesprächen, die ich geführt habe, tauchte immer wieder die Sehnsucht nach Ruhe, Planbarkeit und Stabilität auf. Eine starke, eventuell auch autoritäre politische Führung soll den

eigenen Wohlstand garantieren und gewohnte Lebensweisen nicht stören.

**Hat sich auch die Gesellschaft an sich verändert, so dass zum Beispiel ein „Geiz ist geil“-Slogan nicht mehr peinlich, sondern angesagt ist und mehr Neid als Solidarität den Umgang miteinander prägen?**

Der Werbeslogan „Geiz ist geil“, der 2002 verbreitet wurde, ist Beispiel für einen Umschwung, der auf die Krise des Sozialstaats folgte. Man sagte damals, wenn ihr hart arbeitet, wenn ihr euch engagiert, dann wird es für euch eine leuchtende Zukunft geben. Träger des Neoliberalismus war die Mittelschicht. Man versprach vor allem dieser Gruppe, dass dann, wenn die wirtschaftlichen Kräfte oben entfesselt sind, es auch der Mitte der Gesellschaft besser gehen werde. Dieses Versprechen ist komplett zerbrochen.

**Es folgte, wie Sie sagen, eine „Regressions- oder Mitte“?**

Eine Zeit lang konnten ausbleibende Gehaltszuschläge noch kompensiert werden, weil Dienstleistungen und Lebensmittel immer billiger zu bekommen waren. Supermärkte wie Aldi und Lidl haben den Wocheneinkauf erheblich günstiger gemacht. Das hat jetzt,



„Es herrscht eine breite Verunsicherung“, sagt Daniel Mullis. P. JÜLICH